

Das unaufhaltsame Wachsen der Staatsschulden zeigt die Schwäche
des Bürgertums

Ohne Kraft zur Begrenzung

Von Gerd Held

Das Statistische Bundesamt hat am Montag die Entwicklung der staatlichen Verbindlichkeiten in Deutschland veröffentlicht. Demnach betragen die Schulden von Bund, Ländern und Gemeinden am Ende des Jahres 2007 1,553 Billionen Euro. Sie sind im vergangenen Jahr nochmals gewachsen – um über 50 Mrd. Euro. Wir haben uns an Staatsschulden gewöhnt, bei denen Milliarden Größen nur noch einzelne Prozentpunkte ausmachen. Und doch bedeutet die Entwicklung von 2007 etwas Besonderes. Das vergangene Jahr war ein einmalig gutes Konjunkturjahr und wir hatten eine Bundesregierung und Landesregierungen, die mehrheitlich von der CDU geführt wurden. Wenn es in einem solchen Jahr nicht gelingt, unser Land auch nur ein Stück weit aus der Schuldenfalle herauszuführen, wann soll es dann gelingen? Die deutsche Schuldenbilanz des Jahres 2007 hat etwas von einem bürgerlichen Offenbarungseid. Das bürgerliche Lager hat nicht genug staatstragende Stärke, um einen vorausschauenden Umgang mit öffentlichem Eigentum zu gewährleisten.

Vergessen wir einmal den ideologischen Streit „Markt oder Staat“, der das Bürgertum dazu verleitet, die Gestaltung unseres Staatswesens und sogar die Staatsidee selbst an die Linke abzutreten. Erinnern wir uns ganz einfach an die Deutsche Bundesbahn, von der man für das Jahr 2007 mit Fug und Recht sagen kann, dass sie in öffentlicher Hand war. Es war der zuständige Fachminister Tiefensee (SPD), der in der Auseinandersetzung mit den völlig überzogenen Forderungen der Lokführergewerkschaft der Nachgiebigste war. Aber auch die Schlichter, die mit zwei prominenten CDU-Politikern besetzt waren, ha-

ben nicht erkennen lassen, dass die gerade erst mühsam sanierten öffentlichen Eigentumsbestände einen besonderen Schutz erfordern. Man hat sogar ermöglicht, dass sich die Gruppeninteressen auf Dauer im Unternehmen festsetzen. Der Bahnkonflikt war ein Lehrstück. Nicht das öffentliche Eigentum war hier das Problem, sondern zwei Volksparteien, die sich nicht in der Lage sahen, exemplarisch die illegitimen Ansprüche einer Sozialgruppe abzuweisen. Aus diesem und ähnlichen Stoffen ist die wachsende Schuldenlast des Staates gebaut. Wenn die Bürger zusätzliche Steuern zahlen sollen, ist von den wichtigen öffentlichen Infrastrukturen die Rede. Tatsächlich wird das Geld für die Bedienung der kurzatmigen, aber lautstarken Interessen verwendet. Das Jahr 2007 lehrt, dass man das rituelle Gerede von den öffentlichen Investitionen nicht mehr einfach hinnehmen darf.

Nun werden dem viele Menschen auch zustimmen. In zwei großen Bereichen jedoch ist das leichter gesagt als getan: im Bildungswesen und im Gesundheitswesen. Beide Bereiche sind weitgehend in öffentlicher Hand und beide Bereiche sind in hohem Maße an den wachsenden Schulden von Bund, Ländern und Gemeinden beteiligt. Unsere heutige Staatsschuld ist nicht durch das Führen von Kriegen bedingt, wie es in früheren Zeiten der Fall war, sondern durch eine immer anspruchsvollere Versorgung mit Bildung und Gesundheit. Bei so etwas „Gutem“ fällt es naturgemäß schwer, hier eine Antwort auf die Verschuldung zu suchen – auch wenn unser teures Bildungssystem wenig erfolgreich ist und die heutigen Versorgungszusagen im Gesundheitswesen für die folgenden Generationen nicht aufrecht zu erhalten

sein werden. Tatsache ist, dass gegenwärtig weder aus dem Bildungswesen noch aus dem Gesundheitswesen entschiedene Anstöße zu einer Sanierung des Staatshaushalts kommen. In so bedeutenden Gruppen wie der Lehrerschaft oder der Ärzteschaft, die früher für eine staatstragende Bürgerlichkeit standen, besteht heute oft eine Neigung zu sonnigen Versprechungen und wohlfeiler Politikerschelte.

Dabei ist eins sicher: Ohne eine ehrliche Diskussion über sinnvolle Grenzen unseres Bildungs- und Gesundheitswesens wird es keine Sanierung der Staatsfinanzen geben. Ohne ein Umdenken der bürgerlichen Kräfte in diesen Bereichen wird es auch keine bürgerliche CDU geben, die wieder die Kraft erwirbt, sich dem sozialen Ausverkauf unseres Staatswesens durch die Linke entgegenzustellen.

(Manuskript vom 3.6.2008, erschienen als Leitartikel in der Tageszeitung „Die Welt“ unter der Überschrift „Offenbarungseid der Bürgerlichen“)